



# Rotkehlchen

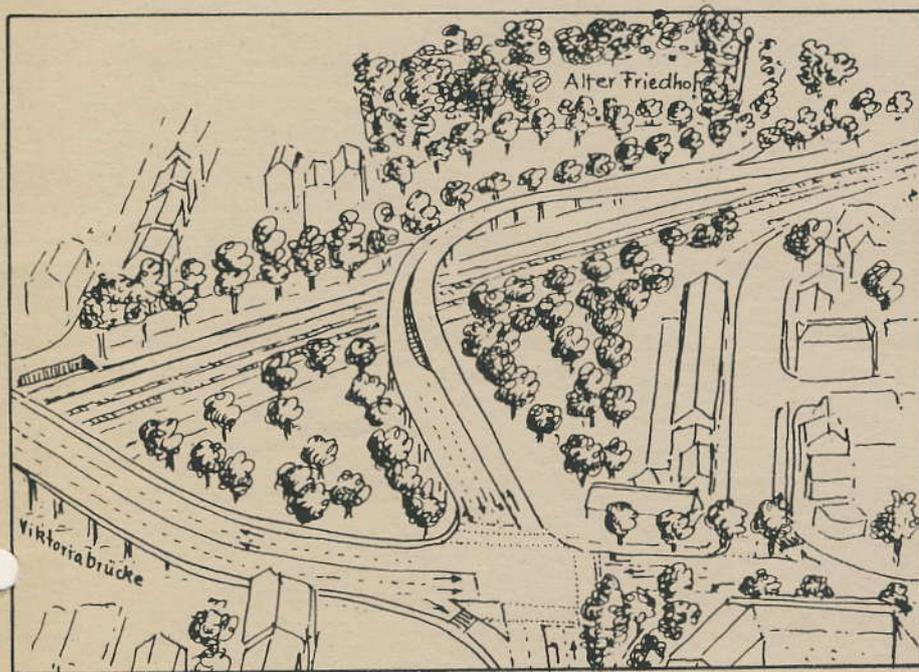
Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

Januar 1989

## Alter Wein in neuen Schläuchen:

### Tunnel statt Viktoriabrücke?

Die Gegner der geplanten zweiten Viktoriabrücke haben einen ersten Teilerfolg erreicht. Die Stadt Bonn hat ihre Pläne für die zweite Brücke aufgegeben. Nun soll statt dessen ein Tunnel her. Doch auch dagegen formiert sich der Widerstand, bringt er doch kaum weniger Probleme mit sich.



Statt dieser Brücke nun ein Tunnel?

Im März 1982 berichtete ROTKEHLCHEN, daß die Verwaltung der Stadt Bonn alte Pläne aus der Schublade gezogen habe, die den Bau einer zweiten Viktoriabrücke von der Endenicher Straße zum Alten Friedhof vorsahen. Bereits 1961 waren solche Pläne erstmals aufgetaucht, wurden aber wegen fehlender Finanzen nie realisiert.

1982 formierte sich der Widerstand gegen die Brücke sehr schnell. Neben der SPD und den Grünen waren es auch überparteiliche Organisationen, die sich gegen eine stadtzerstörerische Verkehrsplanung einsetzten.

Der Regierungspräsident in Köln schloß sich den Argumenten der Brückengegner an. Die ansteigenden Verkehrszahlen würden vor allem den Alten Friedhof in seiner Substanz gefährden. Die Bonner Stadtverwaltung und mit ihr die CDU-Mehrheitsfraktion gerieten immer mehr in Bedrängnis. Zum gesetzlich vorgeschriebenen Planfeststellungsverfahren hatten die Kritiker der Planung die Möglichkeit, ihre ablehnende Haltung öffentlich dazulegen und zu begründen. Für den 30. November war eine öffentliche Anhörung mit dem für die Genehmigung der Planung zuständigen Minister Christoph Zöpel vorgesehen. Aber dazu kam es nicht mehr.



## Übrigens:

Bei der Bundespost ist offenbar alles anders: Nicht der Kunde ist König, sondern der Schalterbeamte.

Kennen Sie das auch? Sie kommen in ein Postamt, zwei Schalter sind besetzt, vor einem steht ein Kunde.

Sie steuern den freien Schalter an, wollen gerade Ihren Wunsch vortragen, da knallt Ihnen der Beamte das Schild mit der Aufschrift "Geschlossen" vor die Nase und verschwindet.

Sie meinen, so etwas sei wohl nur im öffentlichen Dienst möglich? Da könnten Sie richtig liegen!

Ein anderes Beispiel: Sie lassen sich auf das Abenteuer ein, am Schalter eines Postamtes mit einem Eurocheck einer anderen Bank Geld abzuheben.

Wenn Sie das schon mal gemacht haben, wissen Sie, daß Sie Geduld mitbringen müssen.

Während der Beamte Liste für Liste per Hand ausfüllt, stauen sich hinter Ihnen die Kunden.

Glaubt die Post, mit solchem Service auf Dauer gegenüber der Wirtschaft konkurrieren zu können?

Oberstadtdirektor Dieter Diekmann überraschte am 29. November den Hauptausschuß des Rates mit der Mitteilung, die Verwaltung habe Abschied genommen von der Planung einer zweiten Brücke. Statt dessen prüfe man nunmehr eine Tunnellösung in derselben Trassenführung. Sie sei angeblich umweltverträglicher. Die Meinungswandlung der Verwaltung löste große Überraschung aus.

Die Gegner der Brücke durchschauten das Spiel jedoch sehr schnell. "Das ist mit Sicherheit nicht aus verkehrs- oder umweltpolitischer Einsicht geschehen, sondern angesichts der drohenden Blamage in der Anhörung durch Minister Zöpel".

Wie soll es also nun weitergehen? Die SPD lehnt den nunmehr favorisierten Tunnel genau so ab wie die Brückenplanung. Er löst die Verkehrsprobleme, die durch eine zweite Brücke entstanden wären, in keiner Weise. Brücke und Tunnel bewirken eine Verstärkung des Verkehrs auf der Endenicher Straße und in den angrenzenden Wohngebieten. Beide bringen verstärkten Verkehrsdruck auf die Innenstadt, die auch ohne ihn bald vor dem Verkehrsinfarkt steht.

Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr, das hatte auch die Verwaltung kürzlich erklärt. Verwirklicht werden sollte das unter anderem durch Busspuren auf dem Cityring. Aber wie soll das realisiert werden, wenn man ihn noch mehr mit Autos vollpumpt?

Die SPD hat in der Ratssitzung am 15. Dezember den Antrag gestellt, den Beschluß zum Bau der Viktoriabrücke nunmehr formell aufzuheben. CDU und FDP, in der Fraktion der Betonpistenbauer vereinigt, haben das abgelehnt und stattdessen die Verwaltung beauftragt, die Tunnellösung zu prüfen.

Fazit: Aus breiter Bürgerkritik, aus inhaltlich fundierter Ablehnung durch übergeordnete Stellen haben CDU und FDP wieder nichts gelernt. Bürgerwille interessiert sie nicht, sie haben offensichtlich die Weisheit gepachtet.

Der Widerstand gegen den Tunnel wird nicht geringer sein als gegen die Brücke. Die Bonner Bürger wollen ihre Stadt nicht von Betonfetschisten zerstören lassen. Die SPD steht auch in dieser Frage weiterhin an der Seite der Bürger.

Jetzt reicht es endgültig!

## Schluß mit den Tiefflügen

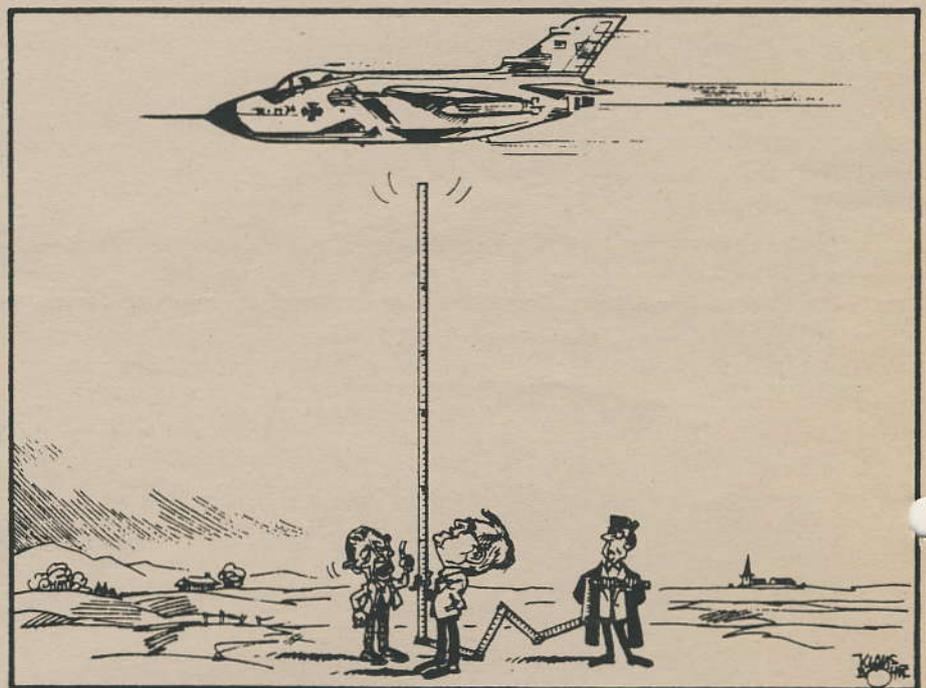
**Absturz eines amerikanischen Kampfflugzeuges in Remscheid. In einer Straße eine Spur des Todes und der Verwüstung. "Es ist wie im Krieg", stellte Ministerpräsident Johannes Rau am Ort des Geschehens fest.**

Wieder einmal hatte ein Militärflugzeug Tod und Leid unter die Menschen in unserem Land gebracht. Wieder einmal protestierten die Bürger gegen den Tiefflugterror. Wieder einmal umsonst?

Die SPD hat nach Remscheid ihre Forderung nach sofortigem Verbot aller Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik wiederholt. Sie sind gefährlich, deshalb nicht zu verantworten, zudem sind sie überflüssig. Diese Ansicht, das ergab eine Umfrage nach der Katastrophe von Remscheid, wird von 89% der Bevölkerung geteilt.

Maschine sei für die Freiheit und die gemeinsame Verteidigung gestorben. Dieses Geschwätz ist angesichts des Leides der Betroffenen an Zynismus nicht mehr zu überbieten.

Zudem haben die Besatzungstruppen der USA ihre Rolle in Remscheid sehr demonstrativ gespielt. Amerikanische Soldaten ließen Betroffene erst gar nicht in die Nähe ihrer Häuser, die Rettungsmannschaften wurden anfangs in ihrer Arbeit massiv behindert. Verantwortliche amerikanische Stellen verweigerten der Feuerwehr am Katastrophenort über



„Noch ein Meter ist erlaubt!“

KLAUS BÖHLE

Die politisch Verantwortlichen interessiert das nicht. Hatte der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach, wenigstens noch die völlig unzureichende Entscheidung der Einstellung der Tiefflüge bis Jahresende verfügt, wurde er von seinem Minister zurückgepfiffen. Scholz, der sich zur Zeit des Unglücks zum Befehlsempfang in Washington befand, sorgte dafür, daß Würzbach gehen mußte.

Der Botschafter der Besatzungsmacht USA faselte in Remscheid, der Pilot der

Stunden Auskunft darüber, welche Ladung sich an Bord der Maschine befand.

Ramstein und Remscheid sind die traurigen Höhepunkte von Unglücken mit Militärmaschinen. "Es reicht jetzt endgültig", das ist die Meinung der Bevölkerung. Es wird höchste Zeit, daß sich die politisch Verantwortlichen an ihren Amtseid erinnern. Und es muß endlich Schluß sein mit der Einschränkung der Souveränität der Bundesrepublik durch die Besatzungsmächte!

Ab 1. Januar 1989:

## Verbesserungen bei Bus und Bahn

Nach über einem Jahr hat der Verkehrsverbund Rhein-Sieg viele seiner Kinderkrankheiten überwunden und führt mit Beginn des neuen Jahres eine Reihe von der SPD schon lange geforderten Verbesserungen ein.

1.

Die Weiterführung der "Grünen" Mehrfahrtenkarte/Streifenkarte.

Die bisherige Regelung (für die KVB, KBE, SWB, SSB, RSVG) wurde bis zum 31.12.1989 verlängert.

2.

Für die 9-Uhr-Umweltkarte gibt es ab 1.9. eine Ergänzungsmarke für Senioren, damit sind Fahrten auch vor neun Uhr möglich. Kostenpunkt: DM 10,-, für Abonnenten DM 8,40.

3.

Mehrfahrtenkarten für alle Zonen ab 1.1.1989. Die preiswerten Vierer- oder Streifenkarten sind dann in allen Preisstufen zu haben.

4.

Die 9-Uhr-Umweltkarte und alle Sonderfahrtausweise gibt es ab 1.1.1989 für alle Zonen. Eine freizügige Nutzung in der höchsten Preisstufe als Verbundnetzkarte ist möglich.

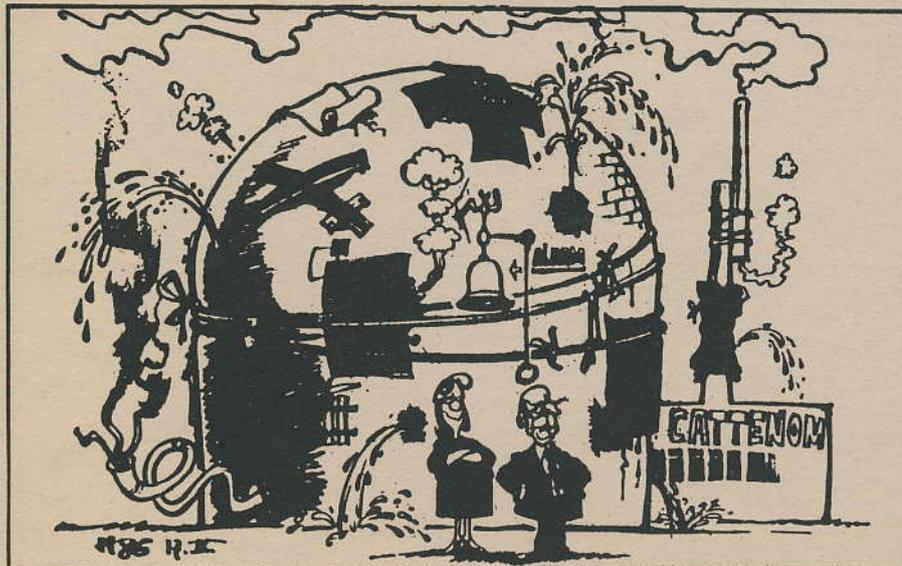
Daneben wird das Angebot an Sonderfahrkarten zu zentralen Anlässen, wie für den Besuch des Kölner Zoos, das Fantasieland in Brühl, ständig erweitert.

Diese Verbesserungen werden sicher dazu beitragen, die Anzahl der Fahrgäste für den öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen. Zwar bleiben viele Wünsche der Bonner SPD - vor allem nach Einführung eines einfachen, übersichtlichen und preiswerten Tarifs - noch immer unerfüllt.

Aber auch die jetzt beschlossenen kleinen Schritte sind ein positives Zeichen. Der Durchbruch zugunsten der Nutzung

von Bus und Bahn kann jedoch erst erfolgen, wenn deutliche Verbesserungen beim Fahrpreis, der Bedienungshäufigkeit und Schnelligkeit bei Bus und Bahn eintreten.

Ein totales Umdenken ist notwendig angesichts der Umweltschäden, die dramatisch zunehmen. Aus diesem Grunde muß der öffentliche Nahverkehr stärker als bisher aus den allgemeinen Mitteln von Bund, Land und Kommunen gefördert werden. Erst wenn die Bürger dem ÖNV Vorrang vor der Benutzung des eigenen Autos einräumen, wird auch die finanzielle und wirtschaftliche Basis für Bus und Bahn wieder erstarben.



"Unbegreiflich, diese Deutschen mit ihrer Anti-Atomhysterie!" Zeichnung: Haitzinger/tz

## Hilfe für Hurricanopfer

Der Wirbelsturm "Joan" hat in Nicaragua bisher 130 Tote gefordert. Mehr als 500 Menschen werden vermisst. Der Sturm richtete schwerste Verwüstungen an. Die Stadt Bluefields wurde dem Erdboden gleichgemacht. Aus vielen Orten sind ähnliche Verwüstungen bekannt. Wegen der Überschwemmungen und des Trinkwassermangels muß in mehreren Landesteilen mit Epidemien gerechnet werden. Weil viele Lebensmittelsilos dem Sturm zum Opfer fielen, wird sich die Ernährungssituation in Nicaragua dramatisch verschlechtern.

Der Hurrican hat die Entwicklung des kleinen Landes um Jahre zurückgeworfen: dies in einer Situation, in der Nicaragua durch den von den USA finanzierten und gelenkten Contra-Söldner-Krieg schon seit einiger Zeit in einer zugespitzten wirtschaftlichen Notsituation leben muß.

500.000 Einwohner, etwa 1/7 der Gesamtbevölkerung, sind jetzt durch den Sturm ohne Obdach. Die in den letzten Jahren neu aufgebauten Schulen, Gesundheitseinrichtungen und wichtige Brücken sind in den besonders stark getroffenen Landesteilen vernichtet worden. Ein erheblicher Teil der anstehenden Kaffee- und Baumwollernte wurden zerstört.

**Spenden an Nicaragua-Hilfe Bonn e.V.**  
**Stichwort "Hurricanopfer"**  
**Sparda-Bank Köln e.G.**  
**Kto.Nr.: 100 725 480**  
**BLZ: 370 605 90**

## Müllumfrage

"Müllvermeidung ist der erste Schritt zur Lösung des Müllproblems", unter diesem Motto hat die Endenicher SPD in den letzten zwei Jahren zahlreiche Aktionen durchgeführt.

Nachdem im Sommer Kunden Endenicher Geschäfte befragt wurden, in welchem Maße sie umweltbewußt einkaufen, wurden jüngst 15 Lebensmittelgeschäfte befragt, ob sie bereit seien, ihre Kunden in ihrer Entscheidung für umweltbewußten Einkauf durch ein entsprechendes Angebot zu unterstützen.

Die Hälfte der Befragten haben positiv reagiert. Am größten war die Bereitschaft, im Verpackungssektor auf umweltfreundliche Alternativen umzusteuern.

# Tempo 30

Seit über 2 Jahren ist die SPD im Rat der Stadt Bonn aktiv für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen für verschiedene Wohngebiete in unserer Stadt. Auch Eendenich soll nach dem Willen der SPD in dieses Konzept mit einbezogen werden.

Hier geht es vor allem um die Beruhigung der Straßen Wiesenweg, Max-Bruch-Str., Brahmstraße, Regerstraße, Humperdinckstraße, Eendenicher Str. bzw. Frongasse und Eendenicher Ei.

Es ist endlich an der Zeit, daß die Wohngebiete vom Molloch Verkehr befreit werden. Die Tempo-30-Zonen bieten hierfür eine gute Chance. Allein Geschwindigkeitsbeschränkungen reichen nicht aus. Daher werden die Tempo-30-Zonen baulich auch so gestaltet, daß die Geschwindigkeit der PKW zwangsläufig gedrosselt wird.

Auch für den Durchgangsverkehr sind Straßen, die in Tempo-30-Zonen liegen, nicht gut geeignet. Daher wird sich auch der Durchgangsverkehr erheblich reduzieren.

Nachdem sich jetzt auch die CDU dem SPD-Vorschlag angeschlossen hat, kann davon ausgegangen werden, daß auch Eendenich bald seine Tempo-30-Zone erhält.

## Bonn wird Modellstadt

Landesminister Christoph Zöpel hat Bonn zur Modellstadt für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen erklärt. Das Land fördert mit Millionenaufwand diese Aktionen. Die Tempo-30-Zonen haben sich in vielen Städten der Bundesrepublik bewährt und tragen dazu bei, daß die Wohnqualität für die Bürger erheblich steigt. Auch die Unfallzahlen werden sich stark reduzieren. Tempo 30 führt zu einem stark verringerten Verkehrslärm.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß mit der Einführung der Tempo-30-Zonen ein entscheidender Schritt zur Verbesserung des Wohnumfeldes für die Bürger geschaffen wird. Den weitaus größten Teil des Lebens halten sich die Menschen in ihrem Wohnbereich auf. Deshalb ist es so wichtig, den Wohnbereich wieder lebenswerter und gefahrloser zu gestalten.

# Schweigemarsch in Eendenich

## Gedenken an Reichspogromnacht

Am 9. November, dem Vorabend des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht, hatte die Eendenicher SPD zusammen mit dem Verein an der Synagoge zu einer Gedenk- und Mahnveranstaltung eingeladen.

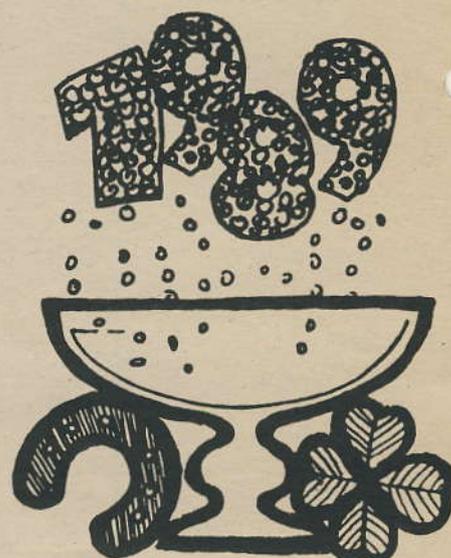
Zahlreiche Eendenicher Bürger versammelten sich am Schulplatz, von wo aus sich ein Schweigemarsch in Bewegung setzte. Ziel war das Kloster Maria Hilf am Fuße des Kreuzbergs, in der Nazizeit Sammelort für die Judendeportationen aus Bonn.

Professor Horst Ehmke, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erinnerte an die Ereignisse des 10. November 1938: "Auch nach dieser Nacht des Hasses und der Zerstörung, in der nicht wenige Juden ermordet und viele in Konzentrationslager gebracht wurden - nicht die Täter, sondern die Opfer wurden eingesperrt-, hat es keinen Aufschrei der Empörung gegeben. Mit der rühmlichen Ausnahme Einzelner haben alle zu den Untaten geschwiegen, auch die Kirchen. Die Erinnerung daran erfüllt uns heute ebenso mit Scham und Trauer wie die Erinnerung an die Gewalttaten selbst. Die Verbrechen dieser Nacht, zu denen Goebbels in einer Rede aus München aufgerufen und die die Gestapo vor Ort gelenkt hatte, wurden von unserem Volk schweigend hingenommen".

Man müsse aus der Geschichte Lehren ziehen für unsere heutige Situation, forderte Ehmke: "Die Erinnerung an die

Juden, die vor der Verfolgung aus Deutschland fliehen und sich Dank der Asylgewährung durch andere Länder retten konnten, mahnt uns, an dem Asylrecht unseres Grundgesetzes für Verfolgte ohne Abstriche festzuhalten.

Die Gedenkveranstaltung endete mit einer Mahnwache vor der Gedenktafel am Kloster.



Die Redaktion wünscht ein erfolgreiches neues Jahr

Stadtteil v. Hamburg	kurz u. deutlich	Stammpflanze des Opiums	Laubbaum
Blattgemüse		Nordwesteuropäer	Spitzel
Zeichen für Iridium			Zeugnisnote
Fechtwaaffe			
gezogener Wechsel		einfarbig	



**Rotkehlchen**  
Stadtzeitung für Eendenich

Erscheinungsweise:  
 Viermal jährlich

Auflage: 7.000  
 Druck: Eigendruck

Herausgeber:  
 SPD-Stadtratsfraktion in  
 Zusammenarbeit mit dem  
 SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:  
 Klaus Stöppler (verantwort.)  
 Eva Günther-Berger, Klaus  
 Hank, Gisela Inas, Ute Kiltz

Redaktionsanschrift:  
 ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler  
 Weberstraße 55 5300 Bonn 1  
 Telefon: 22 51 56